Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 11/364 —

Betr.: Baumschutz bei Bauarbeiten

Wortlaut der Kleinen Anfrage der Abg. Frau Dr. Scholz (Grüne) vom 25. 11. 1986

Anlass dieser Kleinen Anfrage ist ein Vorfall, der sich kürzlich bei Bauarbeiten am Gebäude der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Hannover ereignet hat.


Besorgte Bürger, die gegenüber der Fachhochschule wohnen und sich um den Bestand der Kastanie sorgten, wandten sich an den Leiter der Fachhochschule mit der Bitte, den Baum abzusichern, jedoch ohne Erfolg. Auch nach schriftlichen Bittbriefen der Anwohner und Einschalten der Presse geschah nichts; die Baumaschinen befuhren weiterhin den unmittelbaren Wurzelbereich der Kastanie.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde in dem geschilderten Fall den Baumaschinen nicht einer der anderen Zufahrtswege zur Baustelle zugewiesen?

2. Warum erfolgte keine Absicherung des Baumes, um ein Überfahren des Wurzelbereiches durch die schweren Maschinen zu verhindern?

3. Wäre es nicht angemessen gewesen, daß das Land als Bauherr — auch ohne gesetzliche Verpflichtung — beim Baumschutz mit besonders gutem Beispiel als Vorbild vorangegangen wäre?


   a) Sind bei der Erteilung der Baugenehmigung Maßnahmen zum Schutz des Baumes berücksichtigt worden?

   b) Ist die öffentliche Ausschreibung unter Berücksichtigung der Baumschutzrichtlinien erfolgt?
c) Unterstützt die Landesregierung die Forderung des Städte- und Gemeindebun-
des, Maßnahmen zum Schutze von Bäumen und Sträuchern in der Leistungsbe-
schreibung nicht pauschal, sondern in Einzelpositionen, unter Berücksichtigung
der Baumschutzrichtlinien, auszuschreiben?

5. Was wird sie unternehmen, um Vorsorge zum Schutz von Bäumen und anderen
wertvollen Landschaftsbestandteilen bei Baumaßnahmen zu treffen?

6. Sähe sie es als sinnvoll an, die Erteilung von Baugenehmigungen grundsätzlich mit
der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu verknüpfen?

7. Der Baum im geschilderten Fall war gesetzlich nicht geschützt, weder durch das Nie-
dersächsische Naturschutzgesetz (wegen fehlender Baumschutzsatzung), noch durch
das Bundesbaugesetz. Wird sich die Landesregierung für eine verbindliche Verord-
nung zum Schutz von Bäumen bei Baumaßnahmen einsetzen, z. B. durch Schaffung
einer speziellen Rechtsgrundlage?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Minister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Hannover, den 26. 2. 1987

— 101.1 — 01425/22 — 185 —

Eigentümer der Kastanie und Bauherr des Umbaus des ihr benachbarten Gebäudes ist
das Niedersächsische Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hannover e.V. Das
Studieninstitut hat zu den Vorwürfen mitgeteilt, es habe sich während der Baumaßnah-
me und schon Jahre vorher um den Fortbestand des krankenden Baumes gekümmert.
Seit 1985 werde der Baum von einer Spezialfirma für Baumpflege betreut. Auch wäh-
rend der Bauarbeiten ab 1986 sei auf die Schonung der Kastanie geachtet worden. Im
Wurzelbereich seien zwar abgeräumte Bauteile zwischengelagert, nie aber sei Bauschutt
dort abgekippt worden. Der Stammbereich sei jederzeit weiträumig freigehalten wor-
den. Den Baufirmen seien Auflagen zur Schonung des Baumes erteilt und von diesen
auch eingehalten worden. Nach den Bauarbeiten soll der Baum Mittelpunkt einer grö-
ßeren Grünfläche werden, die Arbeiten zur Baumerhaltung seien bereits in Auftrag ge-
geben. Dies sei im August 1986 im wesentlichen auch der Abgeordneten Frau Dr. Scholz
auf einen Brief hin mitgeteilt worden.

Im übrigen verweise ich auf die Kleine Anfrage des Abg. Thölke (SPD) vom

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1:

Das Studieninstitut hat mitgeteilt, daß nach Ansicht der sie betretenden Baufachleute
 eine andere Zufahrt zu der Baustelle nicht möglich gewesen sei. Das Überfahren des
Baumbereiches sei aber im unumgänglichen Maß gehalten worden.

Zu 2:

Der Stammbereich des Baumes ist abgesichert worden. Im übrigen siehe Antwort zu 1.
Zu 3:
Das Land ist nicht Bauherr.

Zu 4a:
Bei der Erteilung der Baugenehmigung wären gemäß §17 Abs. 2 Satz 2 der Niedersächsischen Bauordnung nur dann Maßnahmen zum Schutz des Baumes zu berücksichtigen gewesen, wenn er aufgrund anderer Rechtsvorschriften geschützt gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall.

Zu 4b:
In die Ausschreibung wurden die Baumschutzrichtlinien nicht einbezogen. Die Firmen wurden aber bei der Vergabe der Aufträge auf die Richtlinien hingewiesen.

Zu 4c:
Ja.

Zu 5:
Im Auftrage des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten führt die Norddeutsche Naturschutzakademie zur Zeit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Seminare durch, die die Anwendung des §28 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatSchG) zum Schutz von geschützten Landschaftsbestandteilen erläutern. Mit dem Schutz nach dieser Vorschrift können Bäume und andere wertvolle Landschaftsbestandteile wirksam gesichert werden. Über die bisher getroffenen Regelungen hinausgehende Maßnahmen sind in diesem Bereich zur Zeit nicht erforderlich.

Zu 6:
Die Richtlinie der EG über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 27. 6. 1985 sieht nicht vor, normale Bauvorhaben einer solchen Prüfung zu unterwerfen. In manchen Fällen unterliegen Bauvorhaben aber der Eingriffsregelung gemäß § 7 ff. NNatSchG, deren Durchführung teilweise einer Umweltverträglichkeitsprüfung ähnlich ist; im einzelnen verweise ich auf die o. a. Landtags-Drucksache.

Zu 7:
Über die bestehenden Regelungen hinaus sind Vorschriften zum Schutz von Bäumen bei Baumaßnahmen zur Zeit nicht notwendig.

Dr. Ritz

(Ausgegeben am 11. 3. 1987)